

NIEDERSCHRIFT
über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Karlsbad am 21. April 2010 im Bürgersaal des Neuen Rathauses in Karlsbad-Langensteinbach



Beginn: 19:05 Uhr

Ende: 21:25 Uhr

Verhandelt:

Karlsbad, 21. April 2010

Bürgermeister:

Rudi Knodel

Anwesende:

Gemeinderäte

- Amann Manfred 19.30 Uhr
- Badewien-Oehler Dorothea
- Becker Otto
- Bodemer Rolf
- Christmann Heike
- Dummler Reinhard
- Günther Heike
- Haas Reinhard
- Haller Helmut
- Herrmann Jürgen
- Höger Günther
- Höger Otto
- Hoffer Walter

- Karcher Joachim
- Kiesinger Peter entschuldigt
- Metz Günter
- Müller Willibald
- Nürnberg Cornelia entschuldigt
- Rädle Roland
- Rohrer Uwe
- Dr. Rupp Martin
- Schlifkowitz Hielta
- Schmidt Michael entschuldigt
- Steigerwald Klaus
- Vollmer Susanna
- Welte Michael entschuldigt

Gäste:

OR Ittersbach: Karin Becker, Markus Haffner zu Top 3 im Sitzungskreis

Ortsvorsteher: Helmut Kunz

Schriftführer:

Hans-Dieter Stößer

Verwaltung:

- Roland Tibi
- Ines Zimmermann
- Simone Kruthoff

- Ronald Knackfuß
- Hans-Dieter Stößer
- Klaus Rösch

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 13.04.2010 ordnungsgemäß eingeladen worden und die öffentliche Tagesordnung im Mitteilungsblatt am 15. April erschienen ist und das Kollegium beschlussfähig ist, weil 22 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Höger Günter, Herrmann Jürgen, Steigerwald Klaus, Rohrer Uwe

Der Gemeinderat gedenkt des verstorbenen Bürgers Karl (Charly) Dietz.



Zu 1. Bekanntgaben

Der Vorsitzende informiert darüber, dass in Sachen Straßenzustand der Landesstraße L 622 Ittersbach-Langenalb demnächst Vorgespräche für Sanierungsarbeiten stattfinden.

Dr. Klaus Rösch erläutert, dass in Auerbach und Mutschelbach ein Pilotversuch zur Verbesserung der Hausmüllabfuhr läuft. Dabei soll die verstärkte Nutzung der „Doppelkammtechnik“ ausprobiert werden. Hierbei werden die Müllbehälter paarweise in einem Schüttungsvorgang geleert. Dadurch erhofft sich der Abfallwirtschaftsbetrieb weniger Rangier- und Rückwärtsfahrten und eine bessere Tourplanung. Ein „Minifahrzeug“ könnte in schwer befahrbaren Bereichen eingesetzt werden. Mit den bisherigen Testläufen habe man positive Erfahrungen gesammelt.

Zu 2. Fragen der Gemeinderäte

GR Günter Metz (Freie Wähler) merkt kritisch an, dass durch die optimierte Müllentleerung Arbeitsplätze verloren gehen könnten.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) erkundigt sich nach dem Sachstand der Heizung in der Mutschelbacher Schule. Die Heizung sei bestellt und die Lieferung eingetroffen, antwortet Ortsbaumeister Ronald Knackfuß. Ob sie bereits eingebaut ist, könne er nicht sagen.

Zu 3. Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2010 der Gemeinde Karlsbad Vorl. G 10/2010

Rechnungsamtsleiterin Simone Kruthoff hält Sachvortrag. Das Defizit im Gesamtergebnishaushalt betrage auf Basis des aktuellen Entwurfsstandes 2010 ca. 7,2 Millionen Euro, 2011 ca. 2,4 Millionen Euro, 2012 rund 833.000 Euro und 2013 ca. 978.000 Euro. In diesen Beträgen seien die Abschreibungen berücksichtigt. Karlsbad sei eine der ersten Gemeinden in Baden-Württemberg die doppisch rechne. Bei der Frage, wie die Gemeinde finanziell dasteht, erlaube der Gesetzgeber im Rahmen einer Übergangsregelung, den Ergebnishaushalt ohne Abschreibungen zu betrachten, wenn diese nicht erwirtschaftet werden. Dann ergibt sich folgendes Bild: In 2010 verbleibt noch ein hohes Defizit, während 2011 und in den danach folgenden Jahren positive kamerale Ergebnisse zu erwarten sind. Die Defizite dokumentierten, dass die Gemeinde Eigenkapital verzehre und von der Substanz lebe. Ohne Abschreibungen und auf Basis des kameralen Rechnungswesens ergebe sich 2010 ein Defizit von rund 4,6 Millionen Euro, 2011 bis 2013 positive Ergebnisse zwischen ca. 600.000, und ca. 2, 4 Millionen Euro Eine Prognose der Finanzen sei mit großen Unwägbarkeiten verbunden und eine Wachstumsprognose ebenfalls schwierig. Man sei bei der Kalkulation der Ansätze von einem gewissen Wachstum und steigenden Steuereinnahmen ausgegangen. Die Zinsausgaben stiegen infolge der steigenden Verschuldung erheblich an – von 220.000 Euro 2010 bis auf 410.000 Euro im Jahr 2013. Die Kassenkreditermächtigung soll von 8 auf 12 Millionen Euro erhöht werden. Derzeit habe man 7,6 Millionen Euro aufgenommen. Aufgrund des Defizits im Ergebnishaushalt erwarte man einen steigenden Kassenkreditbedarf. Aus dem Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebs könnten sich Veränderungen beim Kassenkreditbedarf der Gemeinde ergeben. Die Schulden des Kernhaushaltes entwickeln sich voraussichtlich von 127 Euro Schulden je Einwohner zum Stand 01.01.2010 bis auf 419 Euro Schulden je Einwohner zum Stand 01.01.2013. Es wird mit einem Anstieg



der Verschuldung bis Ende 2013 auf 7,4 Mio. € gerechnet. Der Eigenbetrieb Wasserversorgung hat zum 01.01.2010 eine Verschuldung pro Einwohner in Höhe von 325 Euro. Die Ansätze für die Grund- und Gewerbesteuer im Jahr 2010 betragen zusammen 460.000 Euro mehr als 2009. Das sei auch Resultat der höheren Hebesätze. Grundsteuer B und Gewerbesteuer werden zusammen mit 2,96 Millionen Euro angesetzt. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wirkten sich die Rückgänge bei den Beschäftigungszahlen und die Entlastungen der Steuerzahler durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf den Ansatz aus. Wie sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich dieses Jahr entwickle, sei auch jetzt noch nicht eindeutig. Daher habe man mit 6 Mio. Euro vorsichtig kalkuliert. Der Ansatz für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sinke von ca. 7 Millionen Euro in 2009 auf 6 Millionen Euro in 2010 und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer von 497.000 Euro auf 480.000 Euro. Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschalen werden mit ca. 2 Millionen Euro gegenüber ca. 400.000 Euro im Jahr 2009 angesetzt. Beim Familienleistungsausgleich wird mit höheren Einnahmen von 107.500 Euro gerechnet (Ansatz 2010 690.000 Euro). Kräftig entlastet werde die Gemeinde bei der Gewerbesteuerumlage, der Finanzausgleichsumlage und der Kreisumlage. Diese Umlagen beziehen sich auf Einnahmen im Haushaltsjahr 2008. Da dort schon Rückgänge bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen waren, werde der Haushalt 2010 um ca. 8,5 Millionen Euro gegenüber 2009 entlastet. Die Umlagen reduzierten sich von ca. 16,5 Millionen Euro auf ca 8 Millionen Euro. 2009 konnte man demgegenüber aber noch 13,5 Millionen Euro der Rücklage entnehmen. Dies sei 2010 nicht mehr möglich.

GR Günter Höger (CDU) meint, dass man in Anbetracht des hohen Defizits sparen müsse. Die Fehlbeträge in der Doppik müssten innerhalb von drei Jahren ausgeglichen werden. Auch die Kassenkredite mit der Zinsbelastung seien zu erwirtschaften. Sparen ist auch als Ziel bei den anderen Fraktionen angesagt. GR Klaus Steigerwald (SPD) will soviel Einsparpotenzial wie möglich realisieren. Man müsse auch die Doppik mit der Berücksichtigung der Abschreibungen als Realität akzeptieren. Allerdings solle man sich vom Haushaltsentwurf „nicht umbringen“ lassen. Es gebe momentan auch wieder positive wirtschaftliche Signale. GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) will beim Sparen vor allem die erarbeitete Checkliste zugrunde legen. Die Doppik stelle viele Gemeinden auf Jahre hin finanziell schlecht dar. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) sieht momentan massive Defizite – es seien Spargespräche nötig. Der Vorsitzende sagt, dass es gelingen müsse zu sparen, aber das Kunststück sei, „die Lichter nicht ausgehen zu lassen“. Die wichtigsten Vorhaben seien der S-Bahnausbau mit 970.000 Euro in 2010 und netto 800.000 Euro in den 3 folgenden Jahren, die Gewerbegebietserweiterung Reutäcker (640.000 Euro in 2010, rund 1,9 Millionen Euro in 2011) und die Erschließung des Baugebietes Oberer Sonnenberg mit einem Gemeindeanteil von 200.000 Euro sowie die Sanierungsarbeiten im Freibad und in der Grundschule Langensteinbach.

RALin Kruthoff informiert über die Notwendigkeit des Kaufs der beiden Aufsitzrasenmäher und gibt Informationen über den Anschaffungspreis und dem vorangegangenen Mietvertrag. RAL Frau Kruthoff führt aus, dass es sich um einen in 2009 abgeschlossenen Mietkaufverträge handle. Die unterschiedlich großen Aufsitzmäher ergänzen sich für die Rasenpflege. Statt bisher drei Personen wird nur noch eine Person benötigt. Dies ermöglicht die Einsparung an Personal, dies wurde bereits auch im Stellenplan berücksichtigt, da hier eine Person befristet für die Rasenpflege eingestellt wurde. Falls der Kauf nicht erfolgen sollte, wären zukünftig die Reparaturen über den Vermieter zu regeln. Beim Kauf ist die Selbstreparatur möglich. Der Einkaufspreis der Geräte beträgt 21.400 € und 38.000 €. Die Mietraten werden dem



Kaufpreis angerechnet. Aus den vorgenannten Gründen wird der Kauf vorgeschlagen.

GR Steigerwald und GR Bodemer brachten vor, dass in Zukunft vor Abschluss solcher Verträge die Leasingsmöglichkeit zu prüfen ist und der VFA einbezogen werden soll.

BM Knodel sicherte dies für die Zukunft zu. Weiter zählte er als wichtigste Vorhaben die Sanierung der Grundschule Langensteinbach mit 1,3 Mio. €, die Außenanlagen des Freibades mit 215 T €, die Randentlastungsstraße noch vorsichtig geschätzt mit netto 205 T € je nach Ausgang des Gerichtsverfahrens.

Antrag der evangelischen Kirche Ittersbach – Anbau Kindergarten Ittersbach

Die evangelische Kirchengemeinde Ittersbach hatte beantragt, einen Anbau an den bestehenden Kindergarten zu genehmigen. Mitglieder des Gemeinderates hatten wiederum schriftlich beantragt, diesen Punkt vor den Haushaltsberatungen zu behandeln.

Es liegt eine Vorentwurfsplanung für Renovierung/Umbau vor, die einen geschätzten Kostenaufwand von rund 568.000 Euro ergibt. Hauptamtsleiter Roland Tibi gibt Hintergrundinformationen. Er erläuterte ausführlich, dass die Geburtenzahlen auch in Ittersbach zurückgehen. Die Gemeinde beteilige sich in erheblichem Umfang an den Betriebskosten aller Kindergärten. 2008 habe sie dafür rund 2 Millionen Euro bezahlt und aktuell gehe man von 2,3 Millionen Euro aus. Im Kindergarten in Ittersbach seien momentan 112 Plätze belegt. Die 12 Plätze für Unter 3jährige sind ebenfalls besetzt. Keinen weiteren Bedarf sehe man für Kinder im Alter von 1-2 Jahre. Hier reiche die Pilotgruppe in Spielberg aus. Momentan würden vor allem für Kinder im 2. Lebensjahr Plätze gesucht. Mit einer Versorgungsquote von 31,2 Prozent bei den Unter 3jährigen sei man an dritter Stelle im Landkreis Karlsruhe. Das Land habe für das Jahr 2013 als Zielgröße 35 Prozent vorgegeben. Durch den früheren Eintritt in die Kindergärten gebe es generell mehr altersgemischte Gruppen. Es gebe auch einen Antrag von einer Krabbelgruppe und eine weitere Unterschriftenliste von Eltern für den Anbau.

Ortsbaumeister Ronald Knackfuß stellt den favorisierten Vorentwurf 4 mit einer Grobkostenschätzung von 568.000 Euro vor. Er umfasse neben dem Umbau der Toiletten und Waschräume auch einen Anbau bis ins Untergeschoss. Die Verwaltung schlage aufgrund der sehr hohen Versorgungsquote vor, den gewünschten Vollausbau nicht durchzuführen. Die im Haushaltsplanentwurf 2010 eingearbeiteten Maßnahmen hinsichtlich Sanitärbereich und Küche sollen nicht im geplanten Umfang von 80.000 Euro, sondern für 10.000 Euro durchgeführt werden. Aus einem Begehungsprotokoll im Rahmen der arbeitsmedizinischen Betreuung ergebe sich nämlich, dass die vorgesehenen Maßnahmen nicht alle erforderlich seien. Es genüge, die Defizite insbesondere im Bereich der Toiletten zu beheben. Es gebe – so ergänzt Tibi - auch noch einen Antrag, der momentan beim Regierungspräsidium liege und ruhe. Ob dieser neu gestellt oder wieder aufleben könne, müsse geprüft werden.

GRin Heike Christmann (Freie Wähler) meint, dass die Vorlage nicht alle nötigen Informationen beinhalte. Zum Teil fehlten Kosten (zum Beispiel für den Umbau für U3-jährige), Räume (Essensraum) und sie vermisse auch ein Konzept, bei dem Schule, Kindergarten und Kernzeit zusammen dargestellt sind. Der Kindergarten sei immer voll belegt gewesen – auch bei geringen Geburtenzahlen. Zudem bringe das erweiterte Gewerbegebiet zusätzliche Nachfrage. Bei den U3-jährigen müsse man darauf achten, dass deren Anteil bei den normalen Gruppen nicht zu hoch wird (maximal 2-



3 U3-jährige). Hauptamtsleiter Roland Tibi widerspricht dieser Ansicht. Er sagt weiterhin, dass man keine Informationen zu einem gemeinsamen Konzept Schule/Kernzeit/Kindergarten habe. Die Kinderzahlen gingen zurück, in Karlsbad gebe es jetzt schon circa 60 freie Kindergartenplätze. Die Schere mit steigenden Kosten bei sinkenden Kinderzahlen gehe immer mehr auseinander. Die Aussagen des Arbeitsmediziners seien ohne Anforderung gekommen und sehr deutlich. GR Walter Hoffer (SPD) meint, dass man das arbeitsmedizinische Gutachten „nicht so hoch hängen“ dürfe. Er sieht Handlungsbedarf bei Räumen und Ausstattung. Der Kindergarten sei randvoll und es fehle ein Außenspielbereich. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) erläutert, dass etwas getan werden müsse. Die Diskussion sollte allerdings im Zusammenhang mit dem Haushalt 2011 geführt werden. Dies bestätigt auch GR Günter Höger (CDU). Er meint weiter, dass man gerne ein Gesamtkonzept genehmigen würde. Man brauche allerdings finanzielle Fakten. Die Fraktion sei hier nicht ganz einer Meinung. GR Klaus Steigerwald (SPD) und Günter Metz (Freie Wähler) sprechen sich dafür aus, hier etwas zu tun. GR Roland Rädle (CDU) vermisst den Blick auf das Ganze. Die Kindergärten konkurrierten mehr miteinander und bei sinkenden Geburtenzahlen gebe die Gemeinde viel Geld aus.

Nach der weiteren Diskussion wird folgender Antrag von GR Klaus Steigerwald (SPD) vom Vorsitzenden zur Beschlussfassung gestellt: Der Gemeinderat beschließt, dass der evangelische Kindergarten ein Konzept erstellt in dem die Bereiche Umbau und Anbau sowie deren finanzielle Auswirkungen dargestellt werden. Die Verwaltung ergänzt dieses Konzept durch Informationen zur Bezuschussung. Anhand der vorliegenden Unterlagen wird kein Beschluss gefasst. Der Gemeinderat beschließt dies mit 18 Jastimmen und 5 Enthaltungen. Rechnungsamtsleiterin Simone Kruthoff erläutert, dass eine Prüfung der Beckensaugerbeschaffung im Freibad ergeben habe, dass der Kauf im Vergleich zum Leasing für die Gemeinde günstiger sei. Der Vorsitzende stellt fest, dass sich kein Gemeinderat gegen einen Kauf ausspricht oder der Stimme enthält.

Zu 4. Genehmigung von Protokollen

Der Gemeinderat genehmigt das öffentliche Protokoll vom 24.3.2010 ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.

Zu 5. Verschiedenes

Nichts.

Zu 6. Fragen der Zuhörer

Ein Zuhörer zeigt sich enttäuscht über die Entscheidung zum Kindergarten Ittersbach. Eine Zuhörerin fragt, warum der Skaterplatz nachts nicht mehr beleuchtet sei. Hauptamtsleiter Roland Tibi erläutert, dass sich dieser zu einem Treffpunkt entwickelt habe und hieraus immer wieder Probleme erwachsen würden. Daher habe man sich entschlossen, nachts die Beleuchtung abzuschalten.



Bürgermeister Rudi Knodel

Gemeinderat Günter Höger

Gemeinderat Jürgen Herrmann

Gemeinderat Klaus Steigerwald

Gemeinderat Uwe Rohrer

Protokollführer Hans-Dieter Stößer